



Zitat des Tages

„Jedes Auto, das zweimal vorbeifährt, wird als Gefahr gesehen.“

Armin Kohler, Leiter des Freundeskreises Waltershofen, über die Angst der Flüchtlinge nach dem Steinwurf auf die Unterkunft.

SEITE 17

SZ lädt ein zum Wahlpodium

WANGEN/AMTZELL (sz) - Wenige Tage vor der mit Spannung erwarteten Landtagswahl am 13. März lädt die „Schwäbische Zeitung“ Leserinnen und Leser zu einer Podiumsdiskussion ein mit Kandidaten aus dem Wahlkreis Wangen-Illertal. Die Veranstaltung geht am Dienstag, 8. März, im Alten Schloss Amtzell über die Bühne. Beginn ist um 19 Uhr.

Auf dem Podium werden Bewerber jener Parteien sitzen, die sich laut Umfragen berechnete Hoffnungen auf einen Einzug in den Landtag machen können. Von der CDU stellt sich Raimund Haser den Fragen, von den Grünen Petra Krebs. Die Positionen der SPD erläutert Christian Röhl, jene der FPD Ralf Sauer. Ebenfalls zugesagt haben Michael Konieczny (Linke) sowie Friedrich-Thorsten Müller (AfD).

Moderatoren des Abends sind die SZ-Redakteure Jan Peter Steppat und Bernd Treffler.

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht nötig



Raimund Haser



Petra Krebs



Christian Röhl



Ralf Sauer



M. Konieczny



F.-T. Müller

Grüß Gott!

Missgeschicke

Gestern schilderten im Radio Menschen ihre kuriossten, manchmal aber auch schmerzhaften Missgeschicke. Zu Tage kam beispielsweise der Fall eines Mannes, der sich beim Schuhebinden einen Finger brach. Derlei ist mir noch nicht passiert, dafür sind mir bei diesem Vorgang schon zig Male die Schnürsenkel gerissen. Natürlich immer dann, wenn es fix gehen sollte und ich selbstverständlich gerade kein anderes Paar Schuhe zur Hand hatte. Allerdings sind mir auch schmerzhaft Missgeschicke unterlaufen. Zum Beispiel jene beiden, die (neben mangelndem Talent) zum sehr frühzeitigen Ende meiner Handball-Karriere in der D-Jugend führte: Einmal krachte ich beim Aufwärmersprint gegen eine Wand. Ein anderes Mal gegen den Pfosten des Handballtores. Letzteres fiel auf mein Schienbein. Und ich ich hatte keine Lust mehr auf diese Sportart. Aber für die aktuelle Europameisterteamwahl wäre ich keine Bereicherung gewesen... (jps)



Der 35. Wangener Ostereiermarkt am 26. und 27. Februar wirft seine Schatten voraus.

FOTO: SUM

Wangener Ostereiermarkt feiert Jubiläum

WANGEN (sz) - Der diesjährige Wangener Ostereiermarkt wirft seine Schatten bereits voraus, denn er feiert heuer ein kleines Jubiläum. Seit 35 Jahren präsentiert die Schau im Rathaus Spitzentechnik am Ei und noch immer kommen Sammler und Liebhaber wegen des hohen Niveaus der angebotenen Stücke. Der Ostereiermarkt findet dieses Jahr am Freitag und Samstag, 26./27. Februar, statt. Parallel dazu sind bei der Ostereierausstellung im Badstubenumuseum die schönsten Ostereier zu bewundern, die der Stadt in 35 Jahren von den ausstellenden Künstlern übergeben wurden. An beiden Tagen starten wieder Brunnen- und Stadtführungen und Ostergeschichten für Kinder werden ebenfalls vorgelesen. Erstmals sind im historischen Sitzungssaal des Rathauses Vorträge von Ei-Spezialisten geplant. Die SZ wird den Ostereiermarkt in der nächsten Woche ausführlich ankündigen.

Ja zu Haushalt, nein zu höheren Steuern

Bei der Haushaltsdebatte dreht es sich vor allem um die Gewerbe- und die Grundsteuern

Von Jan Peter Steppat

WANGEN - Der Wangener Gemeinderat hat mit breiter Mehrheit den Haushalt für 2016 verabschiedet und eine städtische Schuldenobergrenze von 17 Millionen Euro bis Ende 2019 eingezogen. Den von der Verwaltung gewollten Erhöhungen der Gewerbe- und der Grundsteuer B erteilte er aber eine Absage. Weil die Steuererhöhungen allerdings schon im Etat eingepreist sind, muss die Verwaltung bis auf weiteres mehr als 400 000 Euro einsparen.

Bei der Sitzung am Montagabend votierten lediglich die GOL und OB Michael Lang für die Steuererhöhungen. CDU, Freie Wähler und SPD lehnten sie aus unterschiedlichen Gründen ab. Der Haushalt erhielt seinen Segen von CDU, GOL und Freien Wählern, nicht aber von der SPD. Bei der Debatte ging es indes weniger um die bereits in zwei vorangegangenen Sitzungen beratenen Details des städtischen Etats. Die vier Fraktionschefs äußerten sich in ihren Haushaltsreden (siehe Seite 16) zumeist vor allem grundsätzlich zu der Stadtpolitik - und stellten finanziell vor allem die Begründung ihrer jeweiligen Haltungen zu den Steuererhöhungen in den Blickpunkt.

Das sagt die CDU:

Fraktionsvorsitzender Paul Müller nannte die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung der Hebesätze um real unter drei Prozent zwar „moderat“, die Fraktion lehnte die Pläne „nach intensiver Diskussion“ aber zum jetzigen Zeitpunkt ab. Müller hielt es für ein „falsches Zeichen“, die Steuern angesichts sehr guter Einnahmen in einer wirtschaftlich guten Phase zu erhöhen. Dies gelte vor allem für die Unternehmen betreffende Gewerbesteuer. Die Grundsteuer lehnte die CDU auch mit dem Hinweis ab, dass sie zuletzt „erst vor vier Jahren angehoben wurde“. Überdies wollen die Christdemokraten laut Müller das in diesem Jahr erwartete Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) abwarten.

Alternativ schlug seine Fraktion eine „globale Minderausgabe“ von 300 000 Euro vor. Diese letztlich beschlossene Ausgabenschranke verpflichtete die Verwaltung zu entsprechenden Einsparungen. Konkret wollte die CDU die vom Tiefbaumat geplante Erneuerung der Fahrbahndecke des Boelkeplatzes geschoben sehen. Dazu gab es allerdings keinen Beschluss, da OB Lang dazu riet, Einzelentscheidungen nicht spontan zu

treffen. Der Rathauschef kündigte stattdessen aber Vorschläge der Verwaltung an.

Das sagen die Freien Wähler:

Fraktionsvorsitzender Otto Lautenschlager plädierte gegen eine Erhöhung der Gewerbesteuer, allerdings für eine weitaus deutlichere Erhöhung der Grundsteuer - und zwar real um zehn statt drei Prozent. Zur späteren Abstimmung stand aber nur die dreiprozentige Steigerung, sodass die Freien auch hier mit „Nein“ votierten.

Lautenschlager begründete die FW-Vorschläge mit den Unterschieden beider Steuern: Die Grundsteuer treffe eigentlich alle (unternehmerische wie private Grundeigentümer und Mieter). Sie sei deshalb gerecht, auch weil alle kommunale Leistungen beanspruchten. Zudem hätten die Erhöhungen dieser Steuer in den vergangenen elf Jahren nicht mal den

Geldwertverlust ausgeglichen. Lautenschlager sagte er hingegen, sie sei ein Sonderopfer der Gewerbetreibenden, die zudem eine Minderheit darstellten: „Mit welchem Recht?“ Der FW-Fraktionschef hinterfragte dabei den Mehrwert für die Unternehmen: „Leistet die Stadt da genug?“, fragte er rhetorisch mit Blick auf den Mangel an Flächen zur Ansiedlung und Erweiterung sowie an Fachkräften.

Die Argumente mündeten in zwei Anträge der Freien Wähler für die Zeit vor den Haushaltsplanungen 2017: Dann solle die Verwaltung darstellen, was sie tatsächlich für Gewerbebetriebe leiste. Zudem müsse der Gemeinderat dann über eine Grundsteuererhöhung von real zehn Prozent beraten.

Das sagt die GOL:

Fraktionsvorsitzender Tilman Schauwecker begründete die Zustimmung der GOL zu den städtischen Steuerplänen mit einem „etwas weiter“ gefassten Blick: Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland koste auf allen Ebenen etwas. Auch Wangen - entweder direkt oder indirekt über den Landkreis. „Wer etwas anderes behauptet, schenkt den Leuten keinen reinen Wein ein“, so Schauwecker. Gleichwohl wies er darauf hin, dass das Land letztlich durch die Aufnahme der Menschen profitiere, auch beim Problem der alternden deutschen Gesellschaft. Schauwecker appellierte: „Seien wir also bereit, den Menschen, die zu uns kommen, ein Winziges von unserem Reichtum abzugeben.“

Später ergänzte Schauweckers Fraktionskollege Siegfried Spangenberg zur Gewerbesteuer in Richtung Freie Wähler: Bei den Unternehmern handle es sich „nicht um eine Minderheit, sondern um eine privilegierte Minderheit“. CDU und SPD warf er vor, bei der Ablehnung höherer Steuern die sozialen Probleme zu vergessen: „Immer bei den Kosten sparen, fällt auf die Schwächsten zurück.“

Das sagt die SPD:

SPD-Fraktionschef Alwin Burth konstatierte Spangenberg in aufgeregtem Tonfall: „Das ist erstunken und erlogen, dass wir bei den Schwächsten sparen.“ Es könne einfach nicht sein, „dass man einerseits sprudelnde Steuern hat und andererseits neue Schulden macht“.

In seiner Haushaltsrede hatte Burth zuvor die Grundsteuererhöhung abgelehnt, da sie über die umgelegten Nebenkosten auch die Mieter treffe. Vor konkreten Vorschlägen zu Einsparungen im Verwaltungshaushalt könne die SPD keiner Steuererhöhung zustimmen. Deshalb widersprach er auch einer heraufgesetzten Gewerbesteuer „zum jetzigen Zeitpunkt“. Ähnlich wie die CDU will die SPD zudem erst die Ergebnisse des GPA-Gutachtens abwarten.

Die Sozialdemokraten lehnten neben den Steuererhöhungen und dem Haushalt auch die auf 17 Millionen Euro heraufgesetzte Schuldenobergrenze ab. Mit Blick auf gute Steuereinnahmen und dennoch geplante neuen Schulden fragte Burth: „Was passiert, wenn die Konjunktur schwächelt, was, wenn die Zinslast wieder steigt? Wie viel ist dann der Beschluss eigentlich noch wert?“

HAUSHALTSREDFEN: SEITE 16

Stadt begründet Wünsche nach höheren Steuern

Die Verwaltung hatte ihre Pläne für Steuererhöhungen im Beschlussvorschlag unter anderem mit der geringen realen Mehrbelastung für Grundstückseigentümer und Unternehmen begründet. Zudem verwies sie auf Vergleiche mit anderen Städten im Land in ähnlicher Größenordnung im Land: Hier rangiere Wangen beim Gewerbesteuersatz nahezu am Ende, bei der Grundsteuer im unteren Drittel (die SZ berichtete). Im Gemeinderat legte OB Michael Lang nach: Ausgaben für Soziales überstiegen mit 18 Millionen Euro die Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer in Höhe von

15,4 Millionen. Zudem kosteten städtische Serviceleistungen (etwa Straßenunterhalt, Beleuchtung oder Winterdienst) mit 4,1 Millionen Euro mehr als man durch die Grundsteuer B mit 3,9 Millionen Euro einnehme. Lang betonte, dass die Stadt von dem rund 90 Millionen Euro starken Haushalt „30 Millionen Euro ohne irgendein Luxusthema“ ausgebe. Die 23 Millionen an Steuereinnahmen insgesamt decke nicht einmal „die klassischen Aufgaben des kommunalen Lebens“ ab. Für die Schuldenobergrenze trat er ein, weil sie ein „Instrument der Selbstbindung“ sei. (jps)



Betriebe, wie hier in der Haid, zahlen jährlich Gewerbesteuer an die Stadt Wangen.

FOTO: ARCHIV

Kommentar

Von Jan Peter Steppat



Der Spielraum fehlt auf Jahre

Steuererhöhungen sind alles andere als populär. Dass sich die Ratsmehrheit davor scheute, ist insofern zumindest menschlich nachvollziehbar. Und: Auch wenn es niemand offen aussprach und die (Gegen-)Argumente allesamt sehr sachlich ausfielen, dürfte die bevorstehende Landtagswahl bei der Entscheidungsfindung zumindest ein Faktor von mehreren gewesen sein. Einleuchtend hingegen ist, dass die Räte durch die GPA erst die Strukturen der Verwaltung durchleuchtet haben wollen, ehe sie die Bürger zur Kasse bitten. Denn die Kontrolle der Verwaltung ist eine ihrer Kernaufgaben.

Gleichwohl muss die Verwaltung jetzt mit der knappen Kassenlage klarkommen. Das gilt aber auch für die Stadtpolitiker. Denn spätestens jetzt ist klar: Für Sonderwünsche oder Spontanausgaben ist kaum mehr Spielraum da. Das gilt übrigens auch für die kommenden Jahre. Denn mit dem (notigen) Mammut-Projekt RNG-Sanierung sind Investitionsmittel großteils langfristig gebunden - komme, was wolle.

Etwas mehr Luft zum Atmen täte aber eigentlich gut. Denn niemand weiß beispielsweise, wie sich die Flüchtlingssituation entwickelt. Auch kommt die Stadt bei Integration und Unterbringung jetzt in eine Phase, wo sie selbst Geld in die Hand nehmen muss. Zum Beispiel, um Flüchtlingskindern Schul- und Betreuungsplätze bieten zu können. Zudem kann auch anderweitig Unvorhergesehenes passieren, siehe Isnyer Brücke.

Die Verwaltung hat den Finanzbedarf plausibel erläutert. Sie muss sich aber fragen lassen, warum ihre Argumente nicht zogen. Ein Grund ist sicher, dass sie alle Jahre wieder deutlich bessere Haushaltsergebnisse erwirtschaftet als von ihr selbst prognostiziert. Das mag beruhigen, führt aber zu einer Haltung, wie sie Otto Lautenschlager ausdrückte: Es wird nochmal gut gehen. Das muss aber nicht immer der Fall sein.